



Frankfurt, den 28.09.2018

Tag des Flüchtlings: Keine Isolation und Ausgrenzung von Flüchtlingen in Lagern!

Kampagne #NichtMeineLager startet

Zum bundesweiten Tag des Flüchtlings warnen PRO ASYL und die landesweiten Flüchtlingsräte vor Ausgrenzung und Isolation von Flüchtlingen in Lagern, AnKER-Zentren und anderen Orten der Stigmatisierung und Entwürdigung.

In allen Landkreisen und Städten in Hessen gibt es große Unterkünfte, die z.T. für viele Hundert Personen ausgelegt sind und teilweise auch immer noch dem baulichen Standard von Notunterkünften entsprechen – obwohl seit der so genannten „Flüchtlingskrise“ im Herbst 2015 mittlerweile drei Jahre vergangen und die Zugangszahlen deutlich zurückgegangen sind. Noch immer müssen sich viele Menschen zu sechst ein kleines Zimmer teilen und leben seit Jahren ohne jede Privatsphäre.

So sind von den etwa 4.900 Menschen, die in Frankfurt noch in Sammelunterkünften untergebracht sind, inzwischen mehr als die Hälfte, ca. 2.600 Personen, anerkannt, finden aber in Frankfurt keine Wohnung – aufgrund der Wohnsitzauflage dürfen sie sich aber auch keine Wohnung außerhalb Frankfurts suchen. Gleichzeitig haben in den letzten Monaten alle Landkreise Gebührensatzungen eingeführt, durch die die Betroffenen teilweise aberwitzige Beträge für ein Bett in der Gemeinschaftsunterkunft zahlen müssen.

Der Hessische Flüchtlingsrat hat kürzlich die Studie [Zufluchtsorte – zu den Unterbringungssituationen von geflüchteten Menschen in Hessen](#) veröffentlicht, in der die Situation in den einzelnen Landkreisen geschildert wird.

Gleichzeitig drängt die Politik auf immer weitere Großlager wie die so genannten AnKER-Zentren, um Asylsuchende von Anbeginn an zu isolieren. Immer weitere Flüchtlingsgruppen sollen gar nicht mehr aus den Aufnahmeeinrichtungen herauskommen, sondern dauerhaft dort verbleiben. Mit Isolation und Restriktionen wie etwa Residenzpflicht und Arbeitsverbot wird die Integration von Flüchtlingen fast völlig unterbunden. Entrechtete und ihrer Integrationsperspektiven beraubte Schutzsuchende sind die Folge.

Zwar beteiligt sich die hessische Landesregierung bislang nicht an dem Pilotprojekt zur Einführung der AnKER-Zentren, jedoch ist auch hier jetzt schon die Tendenz zu beobachten, dass immer weitere Flüchtlingsgruppen sehr lange in der Erstaufnahme verbleiben. Auch hat die CDU explizit im Wahlprogramm für die Landtagswahl stehen, dass eigene „Landesgemeinschaftsunterkünfte“ eingeführt und Personen während des laufenden Asylverfahrens nicht mehr verteilt werden sollen.

PRO ASYL startet mit Unterstützung der landesweiten Flüchtlingsräte und weiterer Organisationen zum Tag des Flüchtlings die [Kampagne #NichtMeineLager](#). Die zentrale Forderung ist, die Politik der Inhaftierung und Festsetzung als Maßnahmen zur Abschreckung und Abwehr von Flüchtlingen zu beenden. Der Zugang zu Schutz und das Recht auf Asyl müssen gesichert sein.

Nicht nur die Bundesregierung, auch die EU setzt auf Lagermodelle. PRO ASYL befürchtet die systematische Verhinderung des Zugangs zum Asylrecht in der Europäischen Union. Hinter technokratisch klingenden Begriffen wie »Hotspots«, »kontrollierte Zentren«, »Ausschiffungsplattformen« etc. verbirgt sich der Versuch Europas, sich zunehmend aus dem Flüchtlingsschutz zu verabschieden.

Dies wird schon jetzt deutlich am Beispiel »Hotspots«: Schutzsuchende, die den griechischen EU-»Hotspot« Moria auf Lesbos erreichen, sitzen unter menschenunwürdigen Bedingungen fest. Ihnen droht die Abschiebung in die Türkei ohne jede Prüfung der Fluchtgründe. Die überfüllten Elendslager sind Blaupausen für weitere »Hotspots« an Europas Außengrenzen und die beim Europäischen Rat diskutierten sog. »kontrollierten Zentren«. Die Betroffenen sollen dort inhaftiert und von dort abgeschoben werden. Weder ein faires Verfahren noch effektiver Rechtsschutz werden in der Praxis garantiert sein.

Mit den Konzepten von »Ausschiffungsplattformen« will die EU die Verantwortung für Asylsuchende nach Nordafrika verlagern – denn Flüchtlingsschutz auf europäischem Boden soll am besten verhindert werden. ([Nähere Informationen zu den Plänen der EU](#))

PRO ASYL und die landesweiten Flüchtlingsräte fordern daher, dass Flüchtlinge und MigrantInnen nicht entrechtet und in Lagern isoliert oder gar inhaftiert werden dürfen – ob in Deutschland, der Europäischen Union oder außerhalb der EU.

Alle Forderungen und Infos zur Kampagne gibt es unter www.nichtmeinelager.de

Gez. Timmo Scherenberg
(Geschäftsführer Hessischer Flüchtlingsrat)